

# Keiner glaubt an Bundesratskandidat Amstutz

SVP-Präsident Toni Brunner bringt den Fraktionschef ins Spiel – doch selbst parteiintern gibt es grosse Zweifel

Von Daniel Ballmer, Bern

Erst fünf Monate sind vergangen. Damals hatte sich Adrian Amstutz gleich selber aus dem Bundesratsrennen genommen. Er stehe nicht zur Verfügung: «Ich will nicht – weil ich es nicht kann», hatte der Berner SVP-Nationalrat der NZZ erklärt. Sein Parteipräsident scheint das anders zu sehen: Am Sonntag lancierte Toni Brunner seinen Fraktionspräsidenten dennoch als Bundesratskandidaten. Amstutz solle Asylminister werden und das von der SVP oft beklagte «Asylchaos» aufräumen, erklärte SVP-Präsident Brunner der *Sonntagszeitung* im Brustton der Überzeugung. Die Reaktion des Portierten fiel dagegen sehr ausweichend aus.

Mark Balsiger glaubt denn auch kein Wort. Für den Berner Politologen ist der Auftritt Brunners vor allem eines: ein weiterer Schachzug im Vollgas-Wahlkampf der SVP. So sei es sehr unwahrscheinlich, dass die Partei tatsächlich das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) übernehmen wolle. «Denn damit würde die SVP einen wichtigen Trumpf aus der Hand geben», sagt Balsiger. Heute könne die Partei mit den Themen Ausländern und Asylpolitik jeden zweiten Tag Stimmung machen – und SP-Bundesrätin Simonetta Sommaruga kritisieren. «Wäre plötzlich ein Parteikollege verantwortlich, müsste die SVP Kreide fresen. Sie hätte die Themen, die am meisten Emotionen schüren, verschenkt.»

## Kaum Chancen für dritten Berner

Und es gibt weitere Gründe, die dagegensprechen, dass Amstutz einen zweiten SVP-Sitz erobern und die ungeliebte Bündner BDP-Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf aus dem Bundesrat drängen könnte. Etwa der



«Nicht-Kandidatur für die Galerie». Parteipräsident Toni Brunner (l.) schiesst auf dem SVP-Fraktionsausflug in Rorschach im Juni ein Erinnerungsfoto von SVP-Bundesrat Ueli Maurer (r.) und seinem Wunsch kandidaten Adrian Amstutz. Foto Keystone

Regionenproporz. So wäre Amstutz neben Sommaruga und Johann Schneider-Ammann (FDP) bereits der dritte Berner in der Regierung. «Im Parlament spielt der regionale Ausgleich aber eine grosse Rolle», sagen selbst Fraktionskollegen. Jeder Landesteil solle angemessen vertreten sein. «Für einen dritten Berner würde es sehr schwer.» Sogar Brunner räumte bei *Radio SRF* ein, dies nicht berücksichtigt zu haben.

Zudem habe sich der als Hardliner verschriene Amstutz im Parlament nicht nur Freunde gemacht, kommentiert ein Parteikollege hinter vorgehaltener Hand. Der SVP-Fraktionschef hat Ecken und Kanten – und ist anderen Parlamentariern in den vergangenen Jahren auch mal auf den Fuss getreten. Namentlich will sich kein Parteikollege zitieren lassen – um den eigenen Fraktionschef nicht öffentlich kritisieren zu

müssen oder aber um allfällige eigene Ambitionen nicht zu gefährden.

Sogar in der SVP selber können nicht alle an eine Bundesratskandidatur von Adrian Amstutz glauben. Mancher vermutet, dass der Fraktionschef lediglich den «Winkelried» spielen soll. «Eine solche Interpretation liegt auf der Hand», heisst es aus der SVP-Fraktion. So könnte sich die Partei kompromissbereit zeigen und stattdessen einen zweiten,

im Auftritt moderateren, in der Sache aber nicht minder kompromisslosen Kandidaten präsentieren. Regelmässig zu hören ist etwa der Name des Bündner Nationalrats und Asylexperten Heinz Brand. Eine ähnliche Taktik war schon bei der Nachfolge von Samuel Schmid zu beobachten. Dabei hatte die SVP zuerst mit einer erneuten Kandidatur des erst kürzlich aus dem Bundesrat abgewählten Christoph Blocher kokettiert – um dann Ueli Maurer in die Landesregierung hieven zu können.

## Vorwurf des Doppelspiels

Ein weiteres Indiz dafür, dass Amstutz' parteiinterne Konkurrenz noch nicht alle Hoffnungen begraben muss: Für die Mission «Zweiter Sitz» ist die Findungskommission um den Aargauer alt Regierungsrat Ernst Hasler hinter den Kulissen weiter an der Arbeit. Ebenfalls Mitglieder der Kommission: die Nationalräte Amstutz und Brand. Im *Blick* hatte Vize-Fraktionschef Alex Kuprecht für einen gemässigten Kandidaten plädiert. Es müsse jemand sein, der im Parlament eine Mehrheit finde, «also kein Extremier, sondern eine ausgewogene Persönlichkeit». Die Parteispitze sehe das genauso, erklärte der Schwyzer Ständerat.

Politologe Balsiger spricht bei Brunners Ankündigung denn gar von einer «Nicht-Kandidatur für die Galerie»: Zwar gebe die Partei an, Verantwortung übernehmen zu wollen. Gleichzeitig aber werde sie alles daransetzen, das EJPD nicht zu erhalten, um ihre wichtigen Themen Ausländer- und Asylpolitik weiter beackern zu können. Balsiger nennt das ein «Doppelspiel». Erhalte die SVP bei den Bundesratswahlen im Dezember keinen zweiten Sitz, «kann die SVP verbal noch ungehemmter auf Bundesrätin Sommaruga einprägen».

## Um jede Stimme besorgt

Listenverbindungen interessieren vor allem die Mitte

**Bern.** Die bürgerlichen Parteien gehen im Kanton Bern für die eidgenössischen Wahlen im Herbst keine grossen Listenverbindungen ein. Volkspartei und Freisinn gehen je eigene Wege und die BDP orientiert sich hin zur Mitte. Schon Mitte Mai war klar, dass BDP, CVP, EVP und glp Listenverbindungen für die Nationalratswahlen eingehen wollen.

Vorab die BDP dürfte nach ihrer Schlappe bei den kantonalen Wahlen im Frühjahr 2014 um jede Stimme besorgt sein. Wäre die BDP bei den Grossratswahlen Listenverbindungen eingegangen, wären die Verluste nicht so herb ausgefallen, wie Parteipräsident Heinz Siegenthaler im Mai ausgeführt hatte.

## Ein Sitz weniger

Doch nicht nur die BDP versucht Stimmen zusammenzukratzen, wo es geht. Auch die anderen Parteien stehen unter einem gewissen Druck, da bei den Nationalratswahlen im Herbst ein Sitz weniger zu vergeben ist als bisher. Aufgrund der Bevölkerungszahlen stehen dem Kanton Bern nur noch 25 Sitze in der grossen Kammer zu.

Die SVP geht eine Listenverbindung mit der Jungen SVP und mit der Gruppierung Alpenparlament ein, wie aus einer Mitteilung der Staatskanzlei von gestern hervorgeht. Die FDP geht mit dem Jungfreisinn eine Listenverbindung ein und die EDU verbindet ihre beiden Listen mit jener der Schweizer Demokraten. Auf rot-grüner Seite verbindet die SP ihre Frauen- und Männerliste mit der Juso, den Grünen, den Jungen Grünen/Alternative JA!, den Fraktionophonen und der Partei der Arbeit und Kommunistische Jugend.

Insgesamt kommen für die Nationalratswahlen im Herbst fünf Listenverbindungen zustande, wie aus der Mitteilung der Staatskanzlei hervorgeht. Neben den fünf Listenverbindungen gehen die Parteien auch noch Unterlistenverbindungen ein. Insgesamt kandidieren im Kanton Bern 576 Bernerinnen und Berner auf 26 Listen für den Nationalrat. SDA

## Wie lange dürfen AKW noch laufen?

Ständeratskommission berät die entscheidenden Details der Energiewende

Von Dominik Feusi, Bern

Seit gestern beugt sich die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates (Urek) wieder über die Energiestrategie 2050. Zuerst standen Anhörungen zu einzelnen Fragen auf dem Programm, insbesondere über die Laufzeiten der Kernkraftwerke. Die Kommission ist schon im Februar mit einer Gegenstimme im Grundsatz auf die Vorlage eingetreten.

Offiziell ist die Energiestrategie ein indirekter Gegenvorschlag zur Atomausstiegs-Initiative der Grünen, die maximale Laufzeiten von 45 Jahren für alle Kernkraftwerke fordert. Der Nationalrat hatte im letzten Dezember jedoch beschlossen, nur für die drei ältesten Werke in Beznau (I und II) und in Mühleberg Laufzeiten von 60 Jahren festzuschreiben. Demnach würde in Beznau 2029 und 2031 die Stromproduktion beendet. Das Werk in Mühleberg will die Eigentümerin BKW schon 2019 abschalten.

Die Werke in Gösgen und Leibstadt könnten gemäss Nationalrat so lange weiter betrieben werden, wie es die Sicherheit erlaubt. Die Betreiber müssten nach einer Laufzeit von 40 Jahren einfach ein «Langzeitbetriebskonzept» vorlegen. Fixe Laufzeiten haben den Nachteil, dass sich Investitionen in die

Sicherheit nicht mehr lohnen, wenn der Zeitpunkt des Abstellens näher rückt. Bürgerliche warnen vor Sicherheitsrisiken. Die Grünen hingegen sind der Meinung, ohne feste Laufzeiten sei der Atomausstieg gar nicht richtig beschlossen. Gemäss *Tages-Anzeiger* sei dann klar, dass sie ihre Initiative nicht zurückziehen und zur Abstimmung bringen werden. Dies dürfte wiederum die Kritiker der Energiestrategie freuen, denn Initiativen und Vorlagen im Energiebereich haben es traditionell schwer in der Schweiz. Eine Ablehnung der Ausstiegs-Initiative würde sich in eine lange Reihe von Volksentscheiden stellen, die Reformvorhaben im Energiebereich bachab geschickt haben.

## Umstrittene Steuererhöhungen

Ebenso umstritten ist in der Ständeratskommission die Erhöhung des Stromzuschlages, welche bei den Stromverbrauchern eingezogen wird, um die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) zugunsten der erneuerbaren Energieträger wie Sonne oder Wind zu finanzieren. Heute beträgt diese maximal 1,5 Rappen pro Kilowattstunde. Der Bundesrat hat diese Grenze noch nicht ganz ausgeschöpft. Ab 2016 beträgt der Zuschlag 1,3 Rappen. Der Nationalrat genehmigte im letzten Dezember maximal 2,3 Rappen. Die Subventionen sol-

len zudem Anreize enthalten, den Strom dann einzuspeisen, wenn er tatsächlich gebraucht wird. Der Ständerat will aber sehr viel mehr Geld der Wasserkraft zukommen lassen, als der Nationalrat damals beschlossen hat. Er wird deshalb kaum drum herumkommen, den Strom noch einmal teurer zu machen oder die Subventionen der Erneuerbaren zu kürzen. Letzteres wurde von CVP-Exponenten bereits angetönt. Die Wirtschaft befürchtet Standortnachteile im sowieso schon schwierigem Umfeld, wenn Strom teurer wird. Andererseits bedeutet weniger Geld im Fördertopf, dass weniger Projekte für Sonne und Wind bewilligt werden können. Das erhöht die Abhängigkeit von Stromimporten oder senkt die Versorgungssicherheit.

Die bestehende CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffe soll nach Ansicht des Nationalrates vom Bundesrat ebenfalls erhöht werden können. Doch auch hier gibt es warnende Volksentscheide auf Kantonsebene: Im März lehnte die Schaffhauser Bevölkerung einen «Energie-Rappen» zur Finanzierung des Atomausstiegs klar ab. Die Kommission will die Vorlage bis Ende August fertig beraten und schon in der Herbstsession in den Rat bringen. Damit könnte sich das neue Parlament dann nur noch mit den Differenzen zwischen den beiden Kammern befassen.

## Schweizer trinken immer weniger Alkohol

Vor allem die hiesigen Weinproduzenten leiden unter dem anhaltenden Trend

**Bern.** Letztes Jahr ist in der Schweiz erneut weniger Alkohol getrunken worden: 8,1 Liter reinen Alkohols flossen im Schnitt durch jede Kehle. 2013 waren es noch 8,3 Liter. Ein Grund für den Rückgang ist, dass immer weniger Wein getrunken wird. Innerhalb eines Jahres ging der Konsum um einen Liter auf 35,1 Liter zurück. Vor allem Schweizer Rotwein litt unter diesem Trend, wie die Eidgenössische Alkoholverwaltung mitteilt: Um ganze 4,7 Millionen Liter ging der Verbrauch zurück. Ausländischer Rotwein dagegen wurde sogar

etwas mehr getrunken. Ähnlich beim Weisswein: Während rund vier Millionen Liter weniger Schweizer Weissweine getrunken wurden, erfreuten sich ausländische Weissweine wachsender Beliebtheit. Unter dem Strich wurden 2014 in der Schweiz rund 290 Millionen Liter Wein getrunken, fast 5 Millionen Liter weniger als im Vorjahr.

Der durchschnittliche Bierkonsum hingegen blieb bei 55,8 Litern pro Kopf, total rund 460 Millionen Liter. Geradezu explodiert ist in den letzten Jahren die Anzahl der Bierbrauereien: 483 steuer-

pflichtige Betriebe weist die Statistik der Alkoholverwaltung für 2014 aus. 2009 waren es noch 275 Brauereien.

Der Alkoholkonsum ist seit Jahren tendenziell rückläufig. Vor zehn Jahren waren noch 9,4 Liter reinen Alkohols pro Kopf getrunken worden, 1,3 Liter mehr als letztes Jahr. Die Alkoholverwaltung weist jedoch darauf hin, dass es sich um einen Durchschnitt handelt. Rückschlüsse auf den realen Konsum der verschiedenen Bevölkerungsgruppen seien aufgrund dieser Berechnung nicht möglich. SDA

## Nachrichten

### Zürich klärt Suizid von Flaach vertieft ab

**Zürich.** Das Zürcher Amt für Justizvollzug klärt die Umstände, die am vergangenen Freitag zum Suizid der Mutter von Flaach (ZH) führten, vertieft ab. Bevor diese Ergebnisse publik gemacht werden, sollen sie mit den Eltern der Verstorbenen besprochen werden. Weitere Informationen zum Fall gebe es deshalb erst heute Dienstag, teilte der Zürcher Regierungsrat gestern mit. Zum jetzigen Zeitpunkt könnten keine Auskünfte erteilt werden. SDA

### Jordanien kauft neun Pilatus-Flugzeuge

**Stans.** Die jordanische Luftwaffe kauft beim Stanser Flugzeugbauer Pilatus neun PC-9 M-Trainingsflugzeuge. Zum Auftrag gehörten nebst Flugzeugen auch ein Simulator, Trainingsmaterialien und Logistikunterstützung, teilten die Pilatus-Flugzeugwerke gestern mit. Nach Angaben des Flugzeugbauers ist es das erste Mal, dass die jordanische Luftwaffe Pilatus-Maschinen kauft. Der Vertragsunterzeichnung vorausgegangen seien harte, über viele Jahre andauernde Verhandlungen. Die Flugzeuge werden ab Januar 2017 an Jordanien ausgeliefert. SDA

### 381 Millionen Franken bei Bildung eingespart

**Zürich.** Erstmals sind Zahlen bekannt, wie viel in den letzten Jahren bei der Bildung gesamtschweizerisch gespart wurde. «10vor10» vom *Schweizer Fernsehen* liegen diese Zahlen exklusiv vor. Der schweizerische Lehrerverband spricht von Einsparungen von 381 Millionen Franken. 17 Deutschschweizer Kantone haben Sparprogramme für die Schule erlassen. Am häufigsten sparen die Kantone bei den Lehrerlöhnen und Pensionskassen, beim Unterrichtsangebot und bei den Klassengrößen. Der Präsident der Schweizerischen Erziehungsdirektoren-Konferenz, Christoph Eymann, rät den Kantonen, bei Sparmassnahmen zulasten der Bildung vorsichtig zu sein. SDA